

Klimawandel und Schuldenkrise

Ökonomische Steuerungselemente für eine generationengerechte Politik

Von Swantje Küchler und Damian Ludewig

Klimawandel und Staatsverschuldung sind zwei zentrale Herausforderungen für generationengerechte Politik. Der Klimawandel wird durch die Verbrennung fossiler Ressourcen durch vergangene und heutige Generationen ausgelöst. Künftige Generationen müssen mit seinen Folgen wie extremen Wetterereignissen, Dürren, Überschwemmungen und einem deutlichen Anstieg des Meeresspiegels leben und gleichzeitig ohne oder zumindest mit deutlich weniger Ressourcen auskommen.

Das Problem der Staatsverschuldung ist seit Jahrzehnten ungelöst. Jahr für Jahr nimmt der Staat neue Schulden auf und türmt so einen Schuldenberg auf, der künftigen Regierungen kaum noch Handlungsspielräume lässt. Finanzkrise und Konjunkturpakete haben das Problem zusätzlich verschärft. Der ökologisch sinnvolle Anteil an den Konjunkturprogrammen betrug gerade einmal 13 Prozent. Weitgehend wurden durch Investitionen in den Straßenbau oder die Abwrackprämie unökologische, nicht zukunftsfähige Strukturen gefestigt und die Staatsverschuldung weiter massiv in die Höhe getrieben. Weil die Zinsen für die Staatsschulden wenige Menschen bekommen, die Schulden aber potentiell alle Bürgerinnen und Bürger betreffen, wird hier eine erhebliche soziale Ungleichheit auf künftige Generationen übertragen.

Ökologische Finanzreform

Eine Ökologische Finanzreform könnte helfen, beide Probleme gleichermaßen zu lösen. Heute finanziert sich der Staat überwiegend dadurch, dass er Arbeit finanziell belastet. So entstehen über 60 Prozent des Staatsaufkommens durch Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit. Steuern auf Umweltverbrauch tragen gerade einmal zu ungefähr fünf Prozent zu den Staatsfinanzen bei. Damit werden der Abbau von Arbeitsplätzen und die Verschwendung von Naturressourcen gefördert.

Würde man stärker die Nutzung natürlicher Ressourcen bzw. Umweltverschmutzung besteuern, würde dies die Anreize zu Ressourceneffizienz und Klimaschutz stärken. Gleichzeitig hät-

te der Staat deutliche Zusatzeinnahmen, die er entweder für soziale Kompensationsmaßnahmen, die Senkung der Lohnnebenkosten oder eben für den Abbau der Staatsverschuldung verwenden könnte.

Eine Ökologische Finanzreform, in deren Rahmen umweltschädliche Subventionen abgebaut bzw. Steuern auf Umweltverbrauch angehoben werden, ist daher ein Schlüssel zur Lösung von Klimawandel und Staatsverschuldung und damit ein wesentlicher Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit.

Reformvorschläge für Energie und Verkehr

Das aktuelle Konzept des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) für eine umfassende ökologische Finanzreform umfasst 13 Einzelmaßnahmen in den Bereichen Energie und Verkehr, deren Umsetzung die finanziellen Spielräume des Staates um insgesamt 52 Mrd. Euro im Jahr erhöhen würde. Dabei wurde besonderen Wert auf die soziale und ökonomische Verträglichkeit der Maßnahmen gelegt.

Konkrete Vorschläge sind beispielsweise die umweltgerechte Besteuerung von Dienstwagen, die Einführung einer Ticket-Abgabe im Flugverkehr oder die Besteuerung von Kernbrennstoffen.

Dienst- und Firmenwagenprivilegien vermeiden

Die bisherigen Regelungen der Dienst- und Firmenwagenbesteuerung bevorzugen diejenigen, die die teuersten Autos mit dem höchsten Spritverbrauch kaufen und diese am stärksten privat nutzen. Dem Staat entgehen so jährlich 9 Mrd. Euro Einnahmen. Das ist finanziell schmerzlich, aber auch ökologisch hochproblematisch. Denn mittlerweile sind mehr als 60 Prozent der Neufahrzeuge Dienst- und Firmenwagen. Der Staat zementiert so durch eklatante Fehlanreize veraltete Fahrzeugstrukturen und gefährdet damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie. Da Dienst- und Firmenwagen vergleichsweise schnell wieder abgestoßen werden, dominieren sie auch den Gebrauchtwagenmarkt und legen so fest, zwischen welchen



Spritschluckern sich Menschen mit geringerem Einkommen beim Autokauf entscheiden dürfen. Sie zahlen die Zeche für das Dienstwagenprivileg dann mit ihren unnötig hohen Benzinrechnungen.

Ticket-Abgabe im Flugverkehr

Besonders eklatant sind die Verzerrungen beim Flugverkehr, der als klimaschädlichstes Verkehrsmittel zahlreiche finanzielle Vorteile genießt. Selbst über den Emissionshandel wird er noch bevorteilt, da die Bahn ihre Zertifikate komplett ersteigern muss, während der Flugverkehr 85 Prozent der Zertifikate geschenkt bekommt. Daher fordert das FÖS die Einführung einer Ticket-Tax, um bestehende Wettbewerbsverzerrungen zwischen Bahn und Flugverkehr abzumildern. Mit Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden verfügen alle wesentlichen Wettbewerber über eine Ticket-Tax. Nur Deutschland tritt hier als Steuer-Oase auf und setzt andere Staaten unter Druck, ökologisch fortschrittliche Politik wieder abzuschaffen.

Kernbrennstoffsteuer

Obwohl Atomenergie eine besonders riskante Form der Energieerzeugung ist, genießt sie

zahlreiche finanzielle Vorteile. Ein Großteil der negativen Umweltauswirkungen anderer Energieträger wie Kohle und Gas werden im CO₂-Emissionshandel berücksichtigt. Die Atomenergie hingegen verursacht hohe Folgekosten für die Allgemeinheit, die nicht von den Kraftwerksbetreibern selbst getragen werden. Im Gegenteil profitieren sie vom Emissionshandel und erlangen durch den Anstieg der Strompreise Zusatzgewinne in Milliardenhöhe. Wir sind der Auffassung, dass die Risiken und Kosten durch die Nutzung von Atomkraftwerken deren Betreibern besser angelastet werden sollten. Mit der Einführung einer Steuer auf Kernbrennstoffe werden die leistungslosen Zusatzgewinne im Rahmen des Emissionshandels abgeschöpft und so die wettbewerbliche Begünstigung der Atomenergie abgebaut.

Insgesamt hat eine umfassende Ökologische Finanzreform das Potential, gleichzeitig zur Lösung von Klima- und Schuldenkrise beizutragen und nebenher ökologische Innovationen anzustoßen sowie neue Beschäftigungsfelder zu erschließen. Das geht angesichts großer Beharrungskräfte nicht ohne Widerstände, aber sinnvoll wäre es allemal.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine zukunftsfähige Politikgestaltung. Es setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft durch den verstärkten Einsatz ökonomischer Instrumente in der Umweltpolitik zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung erstellt das FÖS derzeit ein Policy-Paper zum Thema „Nachhaltig aus der Krise – Ökologische Finanzreform als Beitrag zur Gegenfinanzierung der Krisenkosten“. Weitere Informationen unter www.foes.de



Damian Ludewig ist Diplom-Volkswirt und Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) sowie einer der Sprecher der Klima-Allianz.



Swantje Küchler hat Europäische Studien studiert und ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS).